

„Pars pro toto“ - *Der Sündenbock Griechenland*

von Frieder Schumann

Als Ende Februar das Parlament Griechenlands den Auflagen für das zweite „Hilfspaket“ der Europäischen Union (EU) zustimmte, kam es zu Auseinandersetzungen zwischen Demonstrant_innen und Sicherheitskräften. Der Protest richtete sich gegen die mit dem „Hilfspaket“ verbundenen sozialen Einschnitte: Senkung des Mindestlohns, Massenentlassungen im öffentlichen Dienst, Schwächung des Kündigungsschutzes und Streichungen von Sozialleistungen. Viele Menschen in Griechenland sind dadurch in ihrer Existenz bedroht. Der Beginn dieser massiven Einschränkungen der sozialen Sicherheit geht bis auf das Frühjahr 2010 zurück. Damals wurden die ersten Kredite „gewährt“, um den griechischen Staat „vor der Zahlungsunfähigkeit zu bewahren“.

Der Protest dagegen wurde in der BRD jedoch ganz unterschiedlich begriffen. Der Münchener Merkur fragte gar nach einem „Waffeneinsatz“, um die Sparmaßnahmen durchzusetzen (1). Währenddessen äußerte sich der Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble * ironischerweise zu den von Sparmaßnahmen betroffenen Menschen in Griechenland und wies die Schuld für die Einschnitte im Sozialwesen der griechischen Elite zu, trägt er doch eine direkte Teilschuld an den Auflagen für das Kreditpaket.

In vielen Medien wurde lange Zeit recht allgemein die Schuld der griechischen Bevölkerung zugeschoben. Von vermeintlich „faulen Griechen“ war oft die Rede. Die durchschnittliche Wochenarbeitszeit in Griechenland liegt jedoch drei Stunden über dem europäischen Durchschnitt (2). Mit der Verbreitung dieser Information verschwand die plumpe Diffamierung wieder aus der Presse. Auch die Vorstellung eines aufgeblähten griechischen Staates entpuppt sich als falsch. So lagen vor der Krise die Staatsausgaben etwas unter europäischem Niveau (3). Außerdem beschäftigt Griechenland laut OECD 7,9 % aller Erwerbstätigen als Beamte. In der BRD liegt der Anteil bei 9,6 % und in allen Industrieländern im Durchschnitt bei 15%. Es wird deutlich, dass die Ursachen für „den Fall Griechenland“ wesentlich komplexer sind, als die gängige Darstellung in den Medien glauben machen will.

Ein Versuch eines kurzen Abrisses: Durch die Kolonialisierung setzte eine weltweite Einführung von Staatswährungen ein. Diese haben einen bestimmten Tauschwert, der nach einer Leistungsbilanz (v.a. Import, Export) bemessen wird. In einer Währungsunion wie der EU sind solche Bilanzen unterschiedlich, Bei der Rückzahlung von Krediten werden die Staaten unterschiedlich belastet. Für wirtschaftlich leistungsfähigere Nationen fallen die Zinsen geringer aus. In der Krise war daher eine im deutschen Kontext erfolgreiche Strategie der deutschen Regierung, Schulden aufzunehmen, um Produktionsprozesse zu ermöglichen. Das Problem Griechenlands war nicht so sehr die Neuverschuldung. Viel mehr war es die Tatsache, dass an den Finanzmärkten irgendwann „gegen Athen“ spekuliert wurde und damit die Zinsen für Neukredite Griechenlands in unbezahlbare Höhen trieben (4).

Bei der Vergabe von Krediten sind meist nicht nur zwei Partner_innen beteiligt. Ein Problem kann dabei der Bruch mit Verbindlichkeiten sein. Gehen Marktteilnehmer_innen von mehr eingesetztem Kapital aus, investieren sie auch mehr. Hinzu kommen Fehleinschätzungen von vermeintlich tatsächlichen Werten, die sich je nach Marktsituation verändern. Diese Differenzen werden zudem ausgenutzt, um betriebswirtschaftlich Mehrwert zu schaffen. Fehlt an einer Stelle der Handelskette dann Kapital, platzt die Blase.

Das spricht dafür, dass die „Schuldenkrise“ und der Fall Griechenland keine Einzelfälle

sind. Denn a) kam es auch 2007 bei der Immobilienkrise zu relativ abrupter Abwertung. Und auch die Telekommunikationsblase (2001) liegt nur wenige Jahre zurück. Und b) ist das Schaffen von Mehrwert durch Wertschwankungen ein schlüssiges Handeln beim Ziel einer Kapital-Akkumulation, einem Grundprinzip kapitalistischen Wirtschaftens. Und auch die Banken können nicht die Sündenböcke sein, denken wir an ökonomische Spielregeln und frühere Krisen, die in völlig anderen Bereichen stattfanden.

Während in Griechenland soziale Proteste entbrennen, sprechen in Deutschland Politiker_innen und Medien von „den Griechen“, die angeblich selbst Schuld an ihren Problemen hätten. Für die meisten Bürger_innen scheint die Lebenssituation in Griechenland wenig relevant. Einige Autor_innen gehen davon aus, dass in Griechenland eine Art Krisenlabor entwickelt wird, um auszutesten, wie viel Sozialterror in Krisenzeiten auch in anderen Ländern durchgesetzt werden kann (5). Verschiedene Basisgewerkschaften und linke Bündnisse sehen sich deshalb von der Politik der EU ebenfalls bedroht und wollen ihre Solidarität mit den griechischen Lohnabhängigen demonstrieren. Deswegen wird am 31. März 2012 in Frankfurt am Main und anderswo international u.a. gegen Kapitalismus und die EZB die damit verbunden ist demonstriert (6). Die Frage bleibt, wie emanzipative Solidarität – die aus dem Dilemma Kapitalismus herausleitet - dauerhaft, auch und gerade nach solchen Aktionen wie im März in FFM (M31!), Praxis bleiben kann.

(1) Münchener Merkur, 27.2.2012 [<http://www.wallstreet-online.de/nachricht/4684536-pressestimme>]

(2) Handelsblatt, 2.5.2005 [...]

(3) Michael Schlecht: Der Euro brennt. Positionspapier, 21.5.2010 [...]

(4) Kaufmann, Stefan (2011): „Verkauft doch eure Inseln“. 20 beliebte Irrtümer in der Krise. <http://www.anti-kapitalismus.org/wp-content/plugins/download-monitor/download.php?id=12>, 5.3.2012, 12Uhr

(5) Hartmann, Detlef & Malamatinas, John (2011): Krisenlabor Griechenland. Finanzmärkte, Kämpfe und die Neuordnung Europas.

(6) March31-Times. <http://redical.org/images/m31%20times%20internet.pdf>, 5.3.2012, 12Uhr

Linktipp: <http://www.march31.net>

* Tagesspiegel, 19.02.2012. <http://www.tagesspiegel.de/meinung/wolfgang-schaeuble-zu-griechenland-an-hilfe-fuer-griechenland-mangele-es-nicht-sagt-schaeuble-vor-allem-nicht-aus-deutschland-/6227824-3.html>

Ein Artikel aus der Alternativen Liste (AL) – basisdemokratische Hochschulgruppe an der Uni Köln

Impressum:

AL

c/o StAVV

Studierendenausschuss

Humanwissenschaftliche Fakultät Uni Köln

Gronewaldstr. 2

50931 Köln

Email-Kontakt:

al-plenum@uni-koeln.de

Worldwideweb:

www.alunikoeln.blogspot.de

www.al-uni-koeln.tk

www.al.uni-koeln.de

Copyright

by *Frieder Schumann*

frieder.schumann@uni-koeln.de